Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 305. Donnerstag den 1. November 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Im Hinblick auf die am 1. December dieses Jahres ins Leben tretende theilweise Umgestaltung des polizeilichen Meldewesens macht sich schon jetzt eine andere Bezeichnung und zum Theil auch andere Abgrenzung der Polizeibezirke in hiesiger Stadt nöthig. Es tritt daher vom 15. October dieses Jahres an die aus nachstehendem Verzeichniß ersichtliche Eintheilung gedachter Bezirke in Kraft und wird Solches mit dem Bemerken öffentlich bekannt gemacht, daß auch aus den an den Placatsäulen sowie in sämmtlichen Polizeiwachen aushängenden Anschlägen sofort zu ersehen ist, in welchen Polizeibezirk jede einzelne Straße gehört.

Leipzig, den 14. October 1883.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider.

Polizei-Bezirke der Stadt Leipzig.

I. Bezirk. Hauptwache: am Naschmarkt Nr. 2.

Augustusplatz Nr. 3b—6. Bahnhofstraße Nr. 15—19. Barfußgäßchen. Blücherplatz Nr. 3 u. 4. Blücherstraße Nr. 37. Böttchergäßchen. Brühl. Bürgerschule, an der 1. Burgstraße. Fleischergasse, große. Fleischergasse, kleine. Gewandgäßchen. Goethestraße. Goldhahngäßchen. Grimmaische Straße. Hainstraße. Hallesche Straße. Katharinenstraße. Klostergasse. Kupfergäßchen. Magazingasse. Markt. Naschmarkt. Neukirchhof. Neumarkt. Nicolaikirchhof. Nicolaistraße. Parkstraße. Peterskirchhof. Peterstraße. Plauenscher Platz. Plauensche Straße. Preußergäßchen. Reichsstraße. Ritterstraße. Salzgäßchen. Schillerstraße. Schloßgasse. Schuhmachergäßchen. Schulstraße. Speergäßchen. Theatergasse. Theaterplatz. Thomasgäßchen. Thomaskirchhof. Töpferstraße. Universitätsstraße.

II. Bezirk. Wache: Tauchaer Thor.

Bahnhofsgäßchen. Bahnhofstraße 7—14. Carlstraße. Egelstraße. Eisenbahnstraße. Felixstraße. Gartenstraße. Georgenstraße. Inselstraße 7—12. Lange Straße 12—37. Marienplatz. Marienstraße. Milchinsel, an der. Mittelstraße. Querstraße 13—26. Ranstädter Gäßchen. Reudnitzer Straße. Salomonstraße 9—17. Schützenstraße, Tauchaer Straße. Wintergartenstraße.

III. Bezirk. Wache: Johannesplatz 8.

Augustusplatz 1—3 und 7. Antonstraße. Bahnhofstraße 1—6. Blumengasse. Dolzstraße. Dörrienstraße. Dresdner Straße. Gellertstraße. Gerichtsweg. Grimmaischer Steinweg. Hospitalstraße. Inselstraße 1—6 und 13—21. Johannesgasse. Johannesplatz. Königstraße. Kreuzstraße. Lurze Straße. Lange Straße 1—11 und 38—48. Nürnberger Straße 1—21 und 55—63. Platostraße. Poststraße. Querstraße 1—12 und 25—36. Rabensteinplatz. Roßplatz 15—18. Salomonstraße 1—7 und 18—23. Täubchenweg. Thalstraße 1—2 und 30—32.

IV. Bezirk. Wache: Nürnberger Straße 48.

Bauhofstraße Nr. 9 und 10. Brüderstraße Nr. 25, 27, 29—31. Carolinenstraße. Friedrichsstraße. Glockenstraße. Hospitalthor, vor dem. Im Johannesthal. Liebigstraße Nr. 7—33. Lindenstraße. Nürnberger Straße Nr. 22—54b. Roßplatz Nr. 9—14. Roßstraße. Seeburgstraße. Stephanstraße. Sternwartenstraße. Teichstraße. Thalstraße Nr. 3—29b. Ulrichsgasse. Webergasse. Windmühlenweg.

V. Bezirk. Wache: Härtelstraße Nr. 4.

Albertstraße. Bauhofstraße Nr. 1—8. Bayerscher Platz. Bayersche Straße Nr. 1 und 132—140. Beethovenstraße. Brüderstraße Nr. 1—24, 26 und 28. Burggasse, kleine. Dösener Weg. Elisenstraße Nr. 1—21. Emilienstraße. Ferdinand Rhodestraße. Floßplatz Nr. 1—8 und 27b—34. Grassistraße. Härtelstraße. Harkortstraße. Hohe Straße. Jablonowskystraße. Königsplatz. Kohlenstraße Nr. 1. Kramerstraße. Kurprinzstraße. Leplaystraße. Liebigstraße Nr. 1—6 und 34—38. Mozartstraße. Mühlgasse. Münzgasse. Obstmarkt. Peterssteinweg. Pleißenstraße. Roßplatz Nr. 1—8. Schletterstraße. Simsonstraße. Turnerstraße. Wilhelm Seyfferth-Straße. Windmühlengasse. Windmühlenstraße. Zeitzer Straße 13b—17 und 42—48.

VI. Bezirk. Wache: Alexanderstraße Nr. 28.

Alexanderstraße. Alter Amtshof. Centralstraße. Colonnadenstraße. Dorotheenstraße. Elsterstraße Nr. 1—20b und 35—50. Erdmannstraße. Gottschedstraße. Mendelssohnstraße. Moritzstraße. Oeserstraße. Plagwitzer Straße Nr. 1, 55 und 56. Pleiße, an der. Poniatowskystraße. Promenadenstraße. Rudolphstraße. Seitenstraße. Thomasiusstraße Nr. 8—24. Weststraße Nr. 1—37, 1741 E. F. G. und 59—92. Wiesenstraße. Zimmerstraße.

VII. Bezirk. Wache: Frankfurter Straße Nr. 47.

Auenstraße. Elsterstraße 21—34. Elster, an der alten. Förderstraße. Fleischerplatz. Frankfurter Straße. Fregestraße. Gustav Adolph-Straße. Jacobstraße. Leibnizstraße. Lessingstraße. Raundorfchen. Ranstädter Steinweg. Rosenthalgasse. Rosenthalthor, vor dem. Thomasiusstraße 1—7. Waldstraße. Weststraße Nr. 38—58b. Zöllnerstraße Nr. 5.

VIII. Bezirk. Wache: Eutritzscher Straße Nr. 98.

Berliner Straße. Blücherplatz 1 und 2. Blücherstraße Nr. 1 bis 36. Eberhardstraße. Erlenstraße. Eutritzscher Straße. Exercierplatz, am. Gerberstraße. Gneisenaustraße. Gothisches Bad. Humboldtstraße. Keilstraße. Löhrs Platz. Lößnitzer Straße. Lortzingstraße. Nordstraße. Packhofstraße. Parthenstraße. Pfaffendorfer Straße. Uferstraße. Yorkstraße. Zöllnerstraße Nr. 1—4 und 6—8.

IX. Bezirk. Wache: Zeitzer Straße Nr. 28.

Arndtstraße. Bayersche Straße Nr. 2—131. Brandvorwerkstraße. Braustraße. Dufourstraße. Elisenstraße 23—77. Fichtestraße. Floßplatz Nr. 9—27. Kaiser Wilhelm-Straße. Kochstraße. Körnerstraße. Kohlenstraße 2—11. Kronprinzstraße. Lößniger Straße. Lützowstraße. Mahlmannstraße. Moltkestraße. Rennplatz. Schenkendorfstraße. Schleußiger Weg. Sidonienstraße. Sophienstraße. Steinstraße. Südplatz. Südstraße. Zeitzer Straße 18—41.

X. Bezirk. Wache: Plagwitzer Straße Nr. 38.

Bismarckstraße. Davidstraße. Hauptmannstraße. Hillerstraße. Johannapark. Marschnerstraße. Moscheleßstraße. Plagwitzer Straße Nr. 2—54. Schrebergäßchen. Schreberstraße. Sebastian Bach-Straße.

Bekanntmachung,

Festzug zur Lutherfeier betr.

Unter Bezugnahme auf das von uns veröffentlichte **Programm zur Lutherfeier** ersuchen wir alle diejenigen **Corporationen, freien Vereinigungen** und **Gesellschaften,** welche sich an dem für den 10. November in Aussicht genommenen **Festzuge zur Enthüllung des Reformationsdenkmals** betheiligen wollen, und welchen eine directe Veranlassung dazu seitens des unterzeichneten Festcomités nicht zugegangen ist, sich deshalb unter Angabe der Zahl der Theilnehmer mit **uns baldthunlichst** und spätestens bis zum

5. November d. J.

durch die **Quartiatur des Rathhauses** in Vernehmen setzen zu wollen. Wegen der Beschränktheit des Festplatzes müssen wir uns eine eventuelle Reduction der angemeldeten Theilnehmer vorbehalten.

Leipzig, den 29. October 1883.

Das Festcomité.
Dr. Georgi.

Nachdem seiten des unterzeichneten Polizeiamts wegen Besetzung derjenigen **zehn Schutzmannsstellen,** welche in Folge der Reorganisation des Meldewesens neu geschaffen worden sind, nunmehr **definitive Entschließung** gefaßt worden ist, werden die unberücksichtigt gebliebenen Bewerber um diese Stellen hierdurch aufgefordert, ihre dem Polizeiamt überreichten **Zeugnisse** wieder abzuholen, da bei der sehr großen Anzahl der eingegangenen Gesuche eine Rücksendung der Zeugnisse an die einzelnen Gesuchsteller durchaus unthunlich erscheint.

Leipzig, den 19. October 1883.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider.

Bekanntmachung.

Am 10. November d. J. bleibt wegen der Lutherfeier **die hiesige Fonds- und Producten-Börse** geschlossen.

Die auf diesen Tag regulativmäßig fallende **Productenbörse** wird einen Tag vorher, den 9. November d. J., abgehalten.

Leipzig, den 26. October 1883.

I. und II. Section des Börsenvorstandes.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 1. November 1883.

* Aus Berlin wird uns vom Dienstag geschrieben: „Herr von Puttkamer ist nun ebenfalls nach Friedrichsruh gereist und wird mit dem Entwurf, welcher die Einberufung des Landtages feststellt, in der Tasche nach Berlin zurückkehren. Es wird nicht daran gezweifelt, daß der Landtag am 20. November zusammentritt. Ein Montag wird seit Jahren nicht mehr beliebt, da vordem wiederholt darüber geklagt worden war, daß die Abgeordneten, wenn sie gezwungen seien, am Sonntag zu reisen, sich die Sonntagsruhe rauben. In der Woche vorher, in welcher seit zwei Jahrzehnten der Landtag zusammenberufen werden, soll es aber diesmal auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers nicht geschehen, damit alle Kräfte und alle Zeit, die erforderlich sei, uneingeschränkt der Lutherfeier zur Verfügung bleibe. Daß Herr von Puttkamer erst nach den anderen Ministern sich zum Reichskanzler begiebt, ist durchaus in der Natur der Sache begründet, da einmal er als Ressortminister keinen Anlaß hatte, mit seinem fürstlichen Vetter zu conferiren, es stehen vom Ministerium des Innern keine grundsätzlich bedeutenden Vorlagen für diese Saison in Aussicht, während selbstverständlich Herr von Scholz dem Ministerpräsidenten über die gesammte Finanzlage und den aufgestellten Etat Vortrag halten mußte. Sodann aber kann doch über den Termin der Einberufung erst Beschluß gefaßt werden, wenn die Entwürfe, welche dem Landtage zugehen sollen, definitiv auch vom Kanzler genehmigt sind. Wenn an die Thatsache, daß Herr von Puttkamer erst jetzt sich nach Friedrichsruh begeben und daß Herr von Scholz vorher dort war, von einem Berliner Blatte, das sich durch seine Jagd nach sensationellen Nachrichten auszeichnet, Andeutungen über etwaige Frictionen zwischen dem Reichskanzler und Herrn von Puttkamer geknüpft werden, so liegt für eine solche Annahme ganz und gar kein Grund vor. Eine gewisse Verstimmung war allerdings im Februar dieses Jahres eingetreten und glaubte man eine kurze Zeit, daß Herr von Bötticher und demnächst Herr von Scholz den Minister des Innern in der Gunst des Kanzlers verdrängt hätten; doch ist seitdem längst wieder das alte Vertrauen des Fürsten Bismarck zu Herrn von Puttkamer wiedergekehrt, und vor Allem ist es ganz unrichtig, Herrn von Puttkamer nunmehr „legislative Unfruchtbarkeit" vorzuwerfen, nachdem er die Verwaltungsgesetze unter Dach und Fach gebracht hat, dieses seiner Ansicht nach als „monumentum aere perennius" zu bezeichnende Gesetzgebungswerk. Es ist bekannt, daß auch der Reichskanzler mit dieser Leistung recht zufrieden ist, und es ist eine thörichte Phrase, von der „stockenden Verwaltungsgesetzgebung" zu sprechen. Es unterliegt im Uebrigen keinem Zweifel, daß die Verwaltungsgesetze für Hannover in dieser Session vorgelegt werden, und wird auch in unterrichteten Kreisen nicht daran gezweifelt, daß dieser Entwurf mit geringen Aenderungen zur Annahme gelangt.

Nachdem durch den Grafen Behr bei Gelegenheit der Greifswalder Wahl der Diätenfonds der Fortschrittspartei zur Sprache gebracht worden ist, setzt sich die Discussion über die Angelegenheit durch die Presse aller Parteien fort. Es ist völlig gerechtfertigt, die Frage gründlich zu discutiren, welche sich schließlich dahin zuspitzt, ob es zulässig ist, daß eine politische Partei die Gesetze und besonders die Reichsverfassung durch dauernde Einrichtungen nicht nur lahm legen, sondern verletzen und damit, wenn solches Thun ungestraft bleibt, das schlimmste Beispiel geben darf. Art. 32 sagt: „Die Mitglieder des Reichstags dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen." Das ist prompt und klar, das heißt, sie dürfen durch Niemand, weder staatliche noch communale Behörden, noch durch Privatleute Geld annehmen, welche ihnen das Opfer, das sie bringen, ersetzen sollen. Es beweist einen bedauerlichen Grad von Rechtsverwirrung, wenn die „Volkszeitung" es unternimmt, die Zuwendung der „Pauschalsumme von 500 ℳ" als gestattet zu vertheidigen, und es schon als anerkennenswerth ansieht, daß die Leute der Fortschrittspartei dadurch nicht zu einer bestimmten Abstimmung verpflichtet werden. Wir sehen darin jedenfalls eine Selbstherabsetzung Desjenigen, der das Geld annimmt. Wer nicht die Möglichkeit hat, ohne Diäten auszukommen, der mag kein Mandat annehmen, dazu ist noch Niemand gezwungen worden. Jedenfalls soll der Abgeordnete völlig unabhängig sein, und eine schlimmere Abhängigkeit als von dem fortschrittlichen Reptilienfonds kann es schwerlich geben. Es ist freilich sehr bedauerlich, daß der Artikel 32 eine, wie man in der Juristensprache sagt, lex imperfecta ist, d. h. daß zwar die Annahme von Entschädigungen verboten, aber keine bestimmte Strafe für die Uebertretung des Gesetzes angeordnet ist. Hier thäte eine Vervollständigung Noth, und es wäre nach den Erfahrungen, welche die letzten Jahre in Bezug auf die Fortschrittler und Socialdemokraten gebracht haben, wohl angezeigt, wenn ein Antrag auf Amendirung des Artikel 32 der Verfassung im Reichstage gestellt würde. Vor Annahme wäre er sicher."

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zur Parteilage vom Dienstag:

Mit einer gewissen Regelmäßigkeit kehrt das Thema von der „Mittelpartei" in der öffentlichen Discussion wieder. Bisher haben die kühlen Kritiker und die Spötter immer Recht behalten: Die aufgetauchten Vorschläge, wohlgemeint, aber ohne realen Untergrund, haben sich stets alsbald wieder verflüchtigt. Und doch beweist die Thatsache ihres periodischen Wiederauftretens, daß ein wirkliches Bedürfniß in dieser Richtung nicht vorhanden sein muß. Wir unsererseits haben das Bedürfniß nie bestritten, nur ist uns der Plan der Bildung einer eigenen Partei unter Zusammenfassung der gemäßigten Elemente von rechts und links immer als seltsam erschienen. Das Problem, welches man zu lösen trachtet, ist in den jungen deutschen Reiche schon einmal, und mit gutem Erfolge, gelöst gewesen, in jener Zeit, da der durch die nationalliberale Partei vertretene gemäßigte Liberalismus und der gemäßigte Conservatismus mit der Regierung oft erst nach langen Verständigungsversuchen zusammenwuchsen. Man mag sich drehen und wenden, wie man will, man wird auch in Zukunft eine bessere Lösung des Problems einer in nationalen Fragen zuverlässigen parlamentarischen Majorität nicht finden. Eine vollständige Verschmelzung des „rechten Flügels der Nationalliberalen" — im Uebrigen unter den heutigen Verhältnissen ganz sinnlose Bezeichnung — mit allen gemäßigten Conservativen wird sich niemals vollziehen. Der Unterschied zwischen der nationalliberalen und den conservativen Parteien ist kein willkürlich ersonnener, kein künstlich gemachter, er beruht auch nicht auf blos doctrinären Gegensätzen; mindestens ebenso sehr ist er bedingt durch die Verschiedenheit der socialen Anschauungen und Interessen. Es ist nun einmal eine gegebene und überdies auch ganz naturgemäße Thatsache, daß der Liberalismus vorwiegend im Bürgerthum der Städte und in dem [illegible] Neuen Grundbesitz, der Conservatismus vorwiegend im Großgrundbesitz seinen Boden hat. Daraus ergiebt sich zugleich, daß die conservative Partei nicht erwarten kann, jemals für sich allein die parlamentarische Mehrheit zu besitzen. Und auf der andern Seite springt zwar die Möglichkeit einer liberalen Majorität in die Augen, indeß hat die Fortschrittspartei sich bisher für die praktische Politik so unfruchtbar erwiesen und ist namentlich in den letzten Jahren mehr und mehr in eine so extreme Richtung verfallen, daß auf eine einzige, zu einheitlichem Handeln befähigte, große liberale Partei auf absehbare Zeit hinaus nicht zu rechnen ist. So ergiebt sich immer von Neuem die Nothwendigkeit der Verständigung zwischen den Gemäßigtliberalen und den Gemäßigtconservativen, wenn überhaupt die Entwickelung unseres nationalen Staates ernstlich weiter geführt werden soll. Man hat es auf andere Weise versucht, indem man an die Stelle der Nationalliberalen die ultramontane Partei setzen wollte. Der Mißerfolg liegt zu Tage. Wenn heute in der Mitte der conservativen Partei sich die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit eines dauernden Zusammengehens mit dem Centrum verbreitet, so ist das ohne Zweifel sehr erfreulich; die Hauptsache aber ist, wie sich die Regierung verhalten wird. Es ist unnütz, auf den alten Streit zurückzukommen, wer an der Trennung zwischen der Regierung und den Nationalliberalen die größere Schuld trägt; wenn aber die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" der Ansicht ist, daß die nationalliberale Partei ihre frühere Größe nur dem „Anschlusse" an die Regierung verdankte und hinzufügt: „Schon um ihrer Existenz willen lag es der Partei ob, dies Verhältniß nicht alteriren zu lassen", — so spricht sich darin eine Auffassung aus, welche schon für sich allein ein dauernd freundschaftliches Verhältniß zwischen den Nationalliberalen und der Regierung unmöglich gemacht hätte. Das gouvernementale Blatt meint, die nationalliberale Partei hätte sich aus Rücksichten der Selbsterhaltung der Regierung um jeden Preis fügen müssen. Ein Blick auf die Wahlstatistik zeigt, daß die nationalliberale Partei jene große Zahl ihrer Sitze ganz überwiegend nicht deshalb verloren hat, weil sie der Regierung Opposition machte, sondern deshalb, weil sie nach Ansicht der Wähler ihr nicht genug Opposition machte. Hätte sie lediglich ihr eigenes Existenzinteresse ins Auge gefaßt, so hätte sie nach der Weise der Fortschrittspartei verfahren müssen. Sie hat sich indeß durch nichts von ihrer alten Ueberzeugung abbringen lassen, daß nur durch Verständigung mit der Regierung ein wirklicher politischer Fortschritt zu erzielen ist, und sie ist dementsprechend keinen Augenblick von ihrem gemäßigten Standpuncte abgewichen. Von diesem aus wünscht sie selbstverständlich noch heute das Zusammengehen mit der Regierung. Aber sie wünscht es auf Grund einer loyalen Verständigung, nicht einer einseitigen Unterwerfung. Einzig und allein darin, ob die Regierung eine Verständigung mit dem gemäßigten Liberalismus will, liegt der Angelpunct unserer inneren Situation.

* * *

* Aus Belgrad, 22. October, schreibt man der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung":

Der Radicalismus in Serbien beginnt Zeichen des Niederganges zu zeigen, indem er gegen das jetzige Ministerium zu kämpfen beginnt um des Kampfes willen; denn der Kampf allein war es und ist es, der die radicalen Schaaren zusammenhält. Nach der großen Enttäuschung, welche die radicalen Führer erlebten, daß man sie trotz ihrer großen Majorität, die sie bei den letzten Skupschtinawahlen errangen, nicht zur Regierung berief, legten sie sich einige Reserve gegen das neue Ministerium Christic auf und fanden nur den einen Fehler daran, daß es nicht nach parlamentarischem Usus zu Stande kam; auch die politische Vergangenheit Christic's, des Ministerpräsidenten, wurde als Angriffspunct ausgebeutet, doch erst jetzt, nachdem es nothwendig geworden, um die radicale Partei als solche zu erhalten, sie in den Kampf zu führen, greift man in scharfer Weise den Ministerpräsidenten als Vertreter der Reaction an, schildert selben als in die Neuzeit nicht passend. — Und wahrlich, die Radicalen können sich nicht beschweren über die Behandlung, welche sie vom neuen Ministerpräsidenten erfahren. Jene Artikel, welche die politische Meinung des Ministers kritisiren, wenn noch so scharf und feindselig, werden vollständig ignorirt, und eine Untersuchung, welche wegen eines gegen die Person, das ist den politischen Charakter Christic's, gerichteten Artikels eingeleitet wurde, ist auf dessen Befehl wiederum eingestellt worden; dagegen ist die Regierung energisch gegen jene Agitation, sei es in der inländischen, sei es in der ausländischen Presse, welche durch Entstellung oder Verdrehung der Thatsachen und böswillige Verbreitung falscher Nachrichten gegen die Regierung aufzureizen versuche. Dies mußten schon einige russische Journalisten erfahren, welche über „bevorstehende ernste Ereignisse", „revolutionaire Erhebung" u. s. w. in Rußland Stimmung machen wollten und deshalb aus Serbien aufgewiesen wurden. — Das Vereins- und Versammlungsrecht wurde nicht beschränkt, so wie es im Gesetze vorgeschrieben ist, wird es gehandhabt; jedoch ist man strenge, daß die gesetzlich gestattete Vereins- und Redefreiheit nicht zu ungesetzlichen Zwecken mißbraucht werde.

Die radicale Partei versucht nun, das streng gesetzliche Vorgehen des Ministeriums Christic anzugreifen, weil sie, wie schon vorhin gesagt, nur im Kampfe bestehen kann. Dies bezeugen mehrere hochbedeutsame Vorfälle im Inneren der radicalen Partei. Als vor einigen Wochen es gelang, den geheim gehaltenen Entwurf der radicalen Verfassung durch den Präsecten (Naischalnik) von Uschitze zu erlangen und zu veröffentlichen, indem bei einem Gastwirthe vorsätzlich Haussuchung gehalten wurde, da gelang es den Radicalen, zwei wichtige Schriftstücke den suchenden Beamten zu entziehen, welche deutlich zeigten, daß in der radicalen Partei drei vollständig verschiedene Strömungen existiren. Es waren dies die Minoritätsvoten der Localausschüsse der radicalen Partei bezüglich der Abänderung der Verfassung und das wirthschaftliche Programm der Radicalen. In Bezug auf die Verfassung äußerten sich manche Localausschüsse in republikanischem Sinne, widerum andere in der Weise, daß sie nicht so weit gehen wollten als der schließlich angenommene und veröffentlichte Entwurf. — Das wirthschaftliche Programm nähert sich sehr dem Socialismus und verstärkt das communale und collective Eigenthumsrecht. Deutlich kann man aus den Separatvoten in Bezug auf die Verfassung ersehen, daß drei Fractionen in der radicalen Partei miteinander ringen, und daß es nur eines äußeren Anstoßes bedarf, um die radicale Partei zu sprengen. Dieser Anstoß dürfte aus der Budgetberathung oder aus Neuwahlen für die Skupschtina entstehen.

* Das diplomatische Verhältniß Frankreichs zu China nimmt nachgerade ganz eigenthümliche Formen an. Den chinesischen Botschafter Marquis Tseng scheint der Gebrauch, den Herr Challemel-Lacour von dem Notenwechsel über die ostasiatischen Angelegenheiten zu parlamentarischen Zwecken gemacht hat, stark verdrossen zu haben, denn er beantwortete die Mittheilungen des Challemel'schen Exposés damit, daß er dem Londoner „Standard" die gesammten auf Anam und Tonkin bezüglichen Documente behufs Veröffentlichung zugehen ließ. Kaum hatte indessen der „Standard" mit dem Abdruck des ihm zur Verfügung gestellten Materials begonnen, als auch das Pariser Cabinet nicht länger zögerte, sondern den gesammten Rest der mit China gepflogenen diplomatischen Correspondenz der Oeffentlichkeit übergab. In den französischen Regierungskreisen ist man aus diesem Anlaß auf den chinesischen Botschafter nichts weniger denn gut zu sprechen. Man macht geltend, daß das Verfahren des Marquis Tseng den diplomatischen Gepflogenheiten nicht entspreche. Der „Temps" bezweifelt, daß die Depeschen, welche Marquis Tseng zur Kenntniß des europäischen Publicums gebracht, jemals in den Spalten der amtlichen Zeitung von Peking Aufnahme finden werden, und folgert daraus, daß der chinesische Botschafter einzig darauf abziele, die öffentliche Meinung Europas gegen Frankreich einzunehmen. In noch höherem Grade mißbilligt der „Temps" dies im Hinblick auf die öffentliche Meinung des eigenen Landes. Es scheint, daß hier der eigentliche Grund für die lebhafte Gereiztheit ist, welche in den gouvernementalen Kreisen der Republik dermalen gegen den Botschafter Chinas zur Schau getragen wird. Herr Ferry und Herr Challemel-Lacour erinnern sich plötzlich, daß während der parlamentarischen Ferien seitens der intransigenten Blätter leidenschaftlich gegen das tonkinesische Unternehmen polemisirt wurde. Nun soll Marquis Tseng auch an diesen Preßmanövern Schuld sein, und sein ganzes jetziges Verhalten weiter nichts bezwecken, als eine Trübung des Verhältnisses zwischen dem Ministerium und der Deputirtenkammer. So begreift es sich, weshalb der „Temps" sich deuten mußte, den Enthüllungen des chinesischen Diplomaten zuvorzukommen. Die Sache steht gegenwärtig so, daß Frankreich überzeugt ist, China vor Europa ins Unrecht gesetzt zu haben, während Marquis Tseng seine Hände in Unschuld wäscht und sich für den nächsten Schachzug der Gegenpartei vorbereitet. Derselbe wird jedenfalls militairischer Natur sein müssen, da auf Grund der gegenwärtigen Situation eine Uebereinkunft sich nicht erreichen läßt, die Schaffung einer neuen diplomatischen Operationsbasis daher unabweislich ist. Man wird also wohl, wenn nur erst die signalisirten Verstärkungen in Tonkin eingetroffen sind, alsbald von Eröffnung der Action gegen Bac-Ninh hören.

* Spanische Blätter stellen die Lage in Portugal als ziemlich ernst dar. Nicht nur hat in Valencia do Minho ein neuer, wenn auch anscheinend nur unbedeutender Bauernaufstand stattgefunden, sondern es soll auch davon die Rede sein, daß der König, müde der republikanischen Agitation in den Städten und der fast im ganzen Lande im Gange befindlichen liberalen Bewegung überhaupt, zu Gunsten seines ältesten Sohnes, des im Jahre 1863 geborenen Kronprinzen Carl, abzudanken gedenke. Die Königin soll ihrem Gemahl, dem es namentlich schwer fallen würde, sich von seinem conservativen Cabinet und von Herrn Fontes zu trennen, bisher von der Ausführung seines Entschlusses zurückgehalten haben. Die ministerielle Krise in Portugal kann noch keineswegs als völlig beseitigt betrachtet werden, und immer sicherer tritt die Nachricht auf, daß ein liberales Cabinet unter Braancamps ans Ruder kommen werde.

* Nach Berichten aus Tanger erhielt die marokkanische Regierung von ihrem Statthalter in Draa die Nachricht, daß der bekannte Insurgentenchef Bu-Amema in einem Conflicte von dem Häuptlinge eines Kabylenstammes im Streit erstochen worden ist.

Universität.

Reformationsfest und Rectorwechsel.

K. Wh. Leipzig, 31. October. Die Hochschule feierte durch Gottesdienst in der Paulinerkirche und lateinischen Redeact an derselben geweihten Stätte (stud. theol. J. Naumann über Luther's Lehre von der christlichen Freiheit) das Andenken der Reformation. Dann begab sich der akademische Lehrkörper, geführt von Rector und Decanen in Amtstracht mit ihren Ehrengästen vom Reichsgericht, aus den hiesigen königlichen und städtischen Behörden ꝛc. nach der Aula des Augusteums, wo der Rectorwechsel in alter feierlicher Weise vor sich ging, eingeleitet durch den Gesang der Paulaner (Franz Schubert's herrliche Hymne „Herr, unser Gott" [für Doppelchor und Orchester], an diesem Ort zum ersten Male aufgeführt) und beschlossen durch Aufführung von W. Tschirch's „Die Waffen des Geistes" (Dichtung von unserm † M. Zille).

Der abtretende Rector Magnificus Professor Dr. His bestieg die große Rednerbühne und trug den Bericht über das letzte Amtsjahr vor. Wir heben hervor, daß die Hochschule zur Zeit die ausbündige Frequenz von 3363 Hörern erreicht hat. Er selbst, Rector His, inscribirte seit Antritt seines Amtes 1925 Studirende (7 mehr, als sein Vorgänger); in diesem Wintersemester allein 834, genau wie im vorigen Winter zur selbigen Zeit. Der Winter 1882/83 schloß mit 3314 (also 49 weniger, als der heurige bis jetzt).